Umweltverbände fordern mehr Bedenkzeit im Endlager-Suchprozess

Umweltverbände fordern mehr Bedenkzeit im Endlager-Suchprozess

Greenpeace, BUND und Robin Wood nehmen an Kommission nicht teil
Berlin, 19. 8. 2013 - Die Umweltverbände brauchen eine längere Bedenkzeit für die Entscheidung, an der "Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe" teilzunehmen oder nicht. Dies meldete der Deutsche Naturschutzring (DNR) am Freitag an den Bundestag zurück. In der schriftlichen Begründung heißt es, dass die Verbände ihren Beschluss erst mit möglichst vielen Betroffenen wie den Anti-Atom-Initiativen an den Atommüll-Standorten besprechen wollen.
Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Robin Wood und Greenpeace werden an der Kommission nicht teilnehmen. "Nach diesem Start haben wir kein Vertrauen in die Kommission", begründet der Leiter des Greenpeace-Energiebereiches Thomas Breuer den schwierigen Schritt. "Das Vorgehen der Bundesregierung widerspricht unserem Verständnis einer ernst gemeinten ergebnisoffenen und transparenten Suche nach einem Endlager", sagt auch BUND-Geschäftsführer Olaf Bandt. Bürger und Verbände seien viel zu spät und in viel zu geringem Umfang in den bisherigen Prozess eingebunden worden. Greenpeace, BUND und Robin Wood werden die Arbeit der Kommission von außen aktiv begleiten. "Von einem Neuanfang bei der Endlagersuche kann keine Rede sein. Noch immer werden große Mengen Atommüll bei der Endlagersuche einfach ignoriert", beklagt der Energiereferent von Robin Wood Dirk Seifert. Nach wie vor gibt es keine Lösung für die verbliebenen Castoren aus England und Frankreich, über deren Lagerung erst nach der Bundestagswahl entschieden werden soll. "Wer das Atommüllproblem wirklich angehen will, muss endlich auch über das ganze Atommülldesaster sprechen", sagt Seifert.
In der von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) geplanten Kommission sollen zwei von insgesamt 33 Plätzen mit Vertretern aus Natur- und Umweltschutzorganisationen besetzt werden. Die übrigen Sitze gehen an Politiker, Wissenschaftler, Kirchen-, Gewerkschafts- und Industrievertreter. Bundestag und Bundesländer hatten den Dachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) gebeten, bis zum 16. August zwei Vertreter der Umweltverbände für die Kommission zu benennen. Diese hat unter anderem die Aufgabe, Kriterien für ein atomares Endlager in Deutschland festzulegen. In einer Sondersitzung des Bundestages Anfang September soll die Kommission eingesetzt werden.
Die Umweltverbände kritisieren, dass die Politik zentrale Voraussetzungen für einen ehrlichen Neustart einfach ignoriert hat. So sieht die Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg einen Kardinalfehler darin, dass der geologisch ungeeignete Standort Gorleben im Suchverfahren nicht ausgeschlossen wurde. "Gorleben wird durch das neue Gesetz im Nachhinein sogar legitimiert", warnt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Auch haben Bundestag und Bundesrat keine Mindestanzahl an zu erkundenden Standorten über den Salzstock Gorleben hinaus in das Gesetz aufgenommen.
"Nachdem einige Verbände für sich entschieden haben, nicht in die Atommüll-Kommission zu gehen, stellt sich die Frage, was dies für uns bedeutet", erklärt der Sprecher der bundesweiten Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt Jochen Stay. "Wir wollen das nicht alleine entscheiden, sondern werden die örtlichen Anti-Atom-Initiativen befragen, was aus ihrer Sicht sinnvoll ist. Die Parteien reden von Transparenz und Partizipation in der Atommüll-Frage und praktizieren das Gegenteil. Wir wollen zeigen, dass dies keine hohlen Begriffe sind."

Pressekontakt Greenpeace: Thomas Breuer, Leiter des Energiebereichs, M: 0171-878 0820 oder Margret Hucko, Pressesprecherin, T: 0 40 306 18-301, M: 0179-5241100
Pressekontakt BUND: Thorben Becker, Atomexperte, T: 030-27586-421
Pressekontakt ausgestrahlt: Jochen Stay, Sprecher, T: 0170-9358759
Pressekontakt Robin Wood: Dirk Seifert, Energiereferent, T: 040-3808 92- 21
Pressekontakt BI Lüchow Dannenberg: Wolfgang Ehmke, Sprecher, T: 058632 98 30 76.
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=541912" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an.Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands.Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.